

EU-Kommission für Finanztransaktionssteuer

23. September 2011 | 13:51 | brüssel | |

[Teilen](#)

[Teilen](#)

Die EU-Kommission will demnächst einen Vorschlag für eine europäische Finanztransaktionssteuer ab 2014 machen. Laut der Organisation „Attac“ plant die EU-Kommission eine Steuer von 0,1 Prozent auf den Handel von Aktien und Anleihen.

Für Derivate von Aktien und Anleihen soll der Satz 0,01 Prozent ausmachen. Devisengeschäfte am Spotmarkt sollten nicht besteuert werden.

In einem der APA vorliegenden Entwurf der Brüsseler EU-Behörde sind noch keine konkreten Steuersätze ausformuliert, auch die Einnahmen aus der Steuer sind nicht kalkuliert. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete indes unter Berufung auf interne Berechnung der Kommission, die Steuer werde insgesamt etwa 50 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Auch Attac hatte von dieser Summe geschrieben.

In Kommissionskreisen hieß es, die Sätze seien noch Gegenstand interner Debatten, es wurde aber bestätigt, dass der Handel mit Derivaten niedriger besteuert werden soll als mit anderen Finanzprodukten. Ein Sprecher von EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta sagte am Freitag in Brüssel, die Steuer soll nach dem Plan der EU-Kommission einen großen Anwendungsbereich umfassen, aber niedrige Sätze aufweisen.

Nach dem Entwurf der EU-Kommission sollen die EU-Staaten bis spätestens 31. Dezember 2013 die notwendigen Gesetze zur Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie machen. „Sie sollen diese Vorschriften ab dem 1. Jänner 2014 anwenden“, heißt es in dem Gesetzesplan der EU-Kommission. Nicht anwendbar soll die Finanztransaktionssteuer etwa auf den Euro-Rettungsschirm EFSF sein, heißt es in dem Entwurf.

Für eine Finanztransaktionssteuer hatten sich zuletzt auch Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy ausgesprochen, Österreich fordert sie seit längerem. Als entschiedener Gegner einer solchen Steuer innerhalb der EU gelten Großbritannien - mit Rücksicht auf den Finanzmarkt London -, Schweden und Tschechien.

© SN/SW